

Ein soziales Europa ist ein Gewinn – auch für Unternehmer

von Prof. Dr. Brigitte Unger, WSI Direktorin und
Finanzwissenschaftlerin an der Universität Utrecht

Übersicht

1. Die Bedrohung der Sozialpolitik durch Finanzmärkte
2. Modelle für ein Soziales Europa
3. Konkrete Vorschläge für ein Soziales Europa
4. Wer kann ein Soziales Europa bewirken?
5. Geld für ein Sozialen Europas ist vorhanden

1. Den Finanzmärkten gelangen nach der Krise 3 Fliegen auf einen Schlag

1. Der durch sie verursachte Schaden wurde durch Steuergelder beglichen. Aushöhlung der Staatsfinanzen. KEIN EIGENER SCHADEN

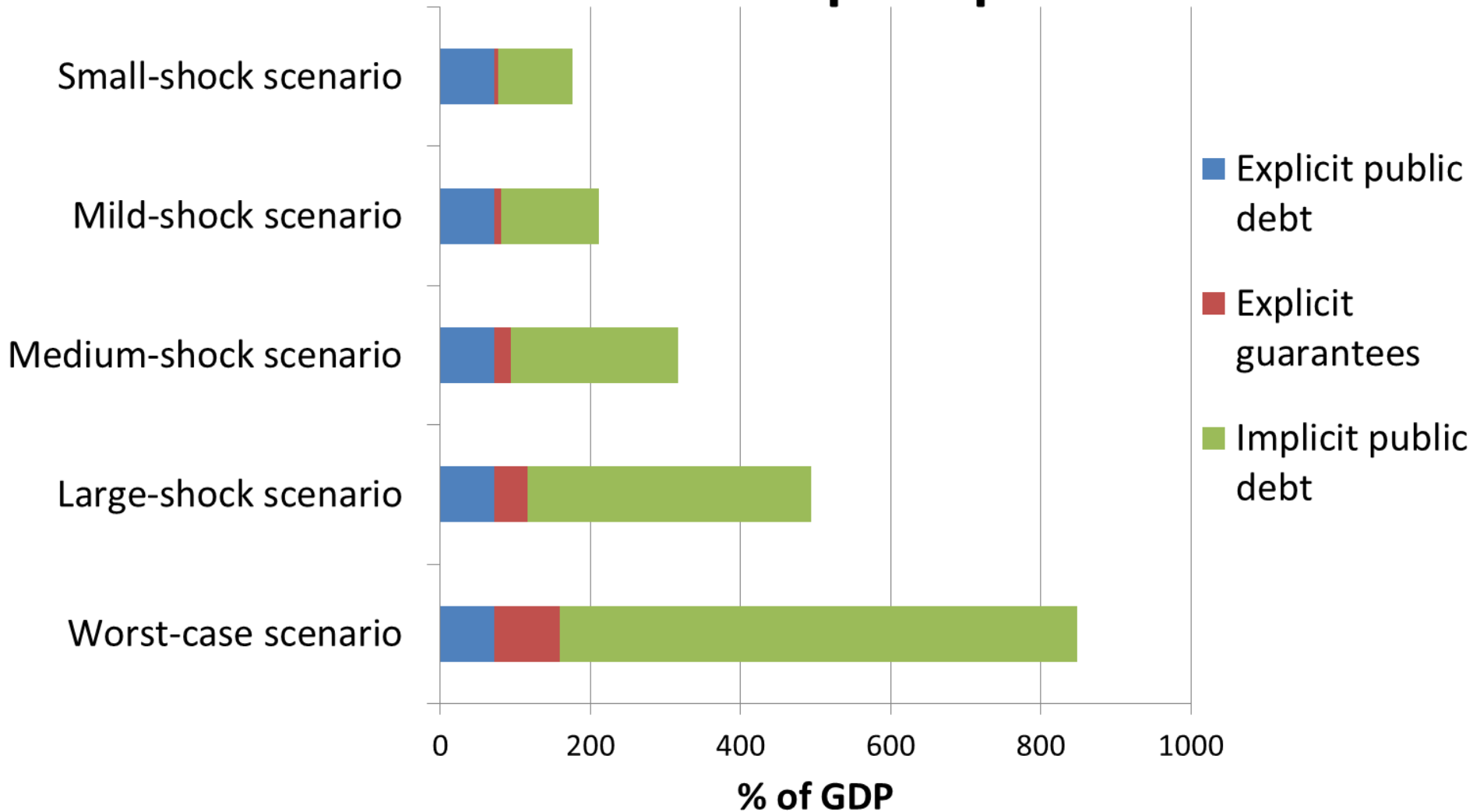
2. Da die Staatsschulden stiegen, neues Spekulationsobjekt: Die Zahlungsunfähigkeit angeschlagener EU Länder. EIN NEUES GESCHAEFT MIT STAATSSCHULDEN

3. Der öffentliche Sektor wird umfunktioniert. Statt Regulierung der Finanzmärkte nach dem größten Marktversagen der letzten 50 Jahre, wird Staat Garant für das Finanzsystem und hat kein Geld für den Wohlfahrtsstaat. NEOLIBERALER TREND SETZT SICH UNGEHINDERT FORT....

- GEFAHR für SOZIALPOLITIK Produktive, innovative, Humankapital bildende Staatsausgaben sind zulässig, aber UNPRODUKTIVE Ausgaben, vor allem für Alte, Kranke, Bedürftige werden eingespart.
- Diese Argumentation ist eine gefährliche, da sie an den GRUNDFESTEN des WOHLFAHRTSSTAATES, mit dem wir immerhin seit mehr als einem halben Jahrhundert auch wirtschaftlich gut gefahren sind.

Holländische Staatsschuld und Finanzmärkte

The size of the Dutch implicit public debt



Sources: author's own calculations based on data from Court of Audit (2012), Evenhuis et al. (2007), Ministry of Finance (2013), the Central Agency for Statistics (2013) and IMF's International Financial Statistics (2013).

- zum *Keck*-Urteil (C-267 u. 268/91) vom 24. 11. 1993:
-
- Im *Keck*-Urteil ging es inhaltlich darum, dass vertriebsbezogene Beschränkungen (z.B. Verkaufsmodalitäten, Arbeitszeitregelungen, Ladenschlusszeiten) zulässig seien, auch wenn sie den freien Warenverkehr beschränkten, solange sie Ausländer nicht diskriminierten.
-
- Das Urteil hatte das Potenzial, der uferlosen Anwendung der Grundfreiheiten Grenzen zu setzen, da es signalisierte, dass mithilfe der Grundfreiheiten nicht jede restriktive nationale Regulierung abgeschafft werden könne.
-
- Jedoch entfaltete die Entscheidung keine pfadabhängige Wirkung, weil die EuGH-Richter das *Keck*-Urteil nicht auf die übrigen Verkehrsfreiheiten übertrugen.
-
- So ist weiterhin außerhalb des Warenverkehrs jede Maßnahme aus europarechtlicher Sicht problematisch, die die Ausübung der übrigen Marktfreiheit auch nur weniger attraktiv macht.

2. Modelle für ein Soziales Europa

s. Roadmap to a Social Europe, Grozelier, Hacker, Kowalsky, Machnig, Meyer und Unger Oktober 2013, www.social-europe.eu

- **Europessimismus** (Streeck, Scharpf)
Skepsis gegen Europa, EuGH, New Economic Governance, Postdemokratie,zurück zum Nationalstaat
- **Ein Kern-Eurozonen Europa** (Habermas) supranationale Regierungschefs für Finanz- und Sozialpolitik statt Technokraten und EuGH Dominanz, Zentrum (Euroländer) und Peripherie (Rest EU). Solidarität aus Selbstzweck für Wachstum und Wohlstand.
- **Demoikratie** (Nicolaidis) Herrschaft der Völker und der Bürger. Wünsche zwischen den Völkern müssen abgestimmt werden.
- **Ein Poldermodell für Europa** (van Waarden) Selbstregulierung und EU setzt soziale Rahmenbedingungen wie ein Polder, d.h. Deiche die die EU vor Überflutung schützen.

2.1. Ein EU Poldermodell der Selbstregulierung

- Ein Poldermodell der Selbstregulierung für ein Soziales Europa (F. van Waarden)
- Aufgrund der Veränderungen der Arbeitswelt und Erwerbsarbeit ist **ein breiter Begriff von Sozialem nötig ist.**
- Ein Soziales Europa muss **Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Lohn- und Einkommenspolitik und die traditionelle wohlfahrtstaatliche Absicherungspolitik** wie Pension, Krankenversicherung, Familienpolitik, beinhalten.
- **In Varietate Concordia** – Einheit in der Verschiedenheit ist EU Leitspruch.
- EU sollte **auf nationaler Selbstregulierung** aufbauen und **umfassende Rahmenbedingungen** setzen., wie Dämme, die das Land vor Überflutung durch Wettbewerb schützen, aber doch Wettbewerb innerhalb der Dämme ermöglichen.

3. Konkrete Maßnahmen zur Sozialpolitik

Reform der EU Architektur

- Reform der **Europaverträge**. **Arbeit und Soziales als Grundrecht** für jeden EU Bürger.

- Recht auf **Arbeit und Soziales** könnte auch **als Menschenrecht** definiert werden, sodass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (und nicht der EuGH) damit befasst ist.

- Das **Demokratiedefizit** und die geringe Rolle, die Soziales in der EU Politik spielt, ist auch ein Ergebnis von **schlecht entworfenen europäischen Institutionen** (Schon die Namen Europäischer Rat, Europarat, Rat der Europäischen Union – sind nur was für Europhile)

- Der **deutsche Bundesverfassungsgerichtshof** könnte die **EuGH Entscheidungen** anfechten, die Wettbewerb vor Soziales stellen und in nationale Kompetenzen eingreifen.

•

3. Konkrete Maßnahmen zur Sozialpolitik Forts.

Mindeststandards

- **Mindeststandards** wie Mindestpension, Mindesteinkommensersatzraten **für Pensionen**
- **Mindestlohn** mit verschiedenen nationalen Ausgestaltungsmöglichkeiten um den unterschiedlichen Kollektivverhandlungspraktiken der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen
- Eine **Euro Dividende?** (van Parijs)

Finanzierungshilfen

- **Marshall Plan für Europa** im Sinne eines Investitions- und Entwicklungsprogramm für alle 27 EU Länder mit Laufzeit von 10 Jahren (DGB Vorschlag)
- Auch eine **Transferunion** wäre zu überlegen

4. Wer soll ein Soziales Europa herbeiführen?

- Sozialdemokratische Parteien (Wilson 2013)?
- Selbstregulierende Organisationen (Van Waarden 2013)? Z B die **Gewerkschaften** (Huber 2013, Bsirske 2013, Sommer 2013), national und europaweit? Die nationalen **Arbeitgeberverbände**, die einsehen, dass Asoziales und steigende Kriminalität schlecht fürs Geschäft sind? (Unger)
- Die **Multinationalen Konzerne**, die wissen dass sie ihre Produkte nicht in revoltierenden Ländern absetzen können?
- Soziale Protestbewegungen** wie Attac oder Occupy Wall Street, die bei den Herrschenden Angst vor Revolution und ein Umdenken erzeugen?

4. Wer soll ein Soziales Europa herbeiführen? Forts.

Die EU selbst?

- Der geläuterte Europäische Rat mit europäisch denkenden Regierungschefs?
 - Oder der Europarat, dessen Richter das Soziale plötzlich zum Menschenrecht erklären?
 - Das Europäische Parlament mit erfolgreichen Sozialdemokratischen Europaparteien?
 - Die Europäische Kommission, die neue EU Sozialpakete entwirft?
 - Der europäische Gerichtshof, der das Soziale plötzlich gleichrangig behandelt wie die Wettbewerbsfähigkeit?
 - Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der das Recht auf Arbeit und Soziales zum Menschenrecht erklärt?
 - Die Europäische Zentralbank, die beschließt, alle Staatsobligationen aufzukaufen, sodass es keinen Unterschied macht ob es Eurobonds gibt oder nationale Bonds?
-
- Oder gar die Gewinner der derzeitigen Misere, **die Finanzmärkte selbst**, die endlich zu der von J. M. Keynes prognostizierten Einsicht kommen, dass sie wieder etwas gesellschaftlich Nützliches leisten wollen, echte Unternehmer sein wollen, etwas reales Tun wollen, und den ‚Tod des Rentiers‘ selber einleiten?

5. Geld für ein Soziales Europa ist vorhanden!

- **Finanztransaktionssteuer** (20-50 Milliarden bis 2020)
- **Steuerlöcher in EU stopfen und Steuervermeidung verringern** (weltweit 32 Billionen Dollar Finanzanlagen in Offshore Zentren)
- **Steuerhinterziehungsgelder eintreiben** (für D: 100 Mrd aus der Schweiz, 3%-15% des BIP geschätzte Steuerhinterziehung in Europa)
- **Geldwäsche in Europa beträgt jährlich rund 1000 Mrd (s Unger/Walker)**. (Geldwäschebedrohung in D 108 Mrd, in Österreich 88 Mrd s. EU Projekt ECOLEF Unger 2013)



The Economic and Legal Effectiveness of Anti-money Laundering Policy

Brigitte Unger Melissa van den Broek
Ioana Deleanu Joras Ferwerda

Recently finished:

Brigitte Unger, Joras Ferwerda, Melissa van den Broek,
Ioana Deleanu, Henk Addink, John Walker

The Economic and Legal Effectiveness of Anti-Money Laundering and Combating Terrorist Financing Policy in the 27 EU Member States - ECOLEF

JLS/2009/ISEC/AG/087

Dec 2009 – Dec 2012

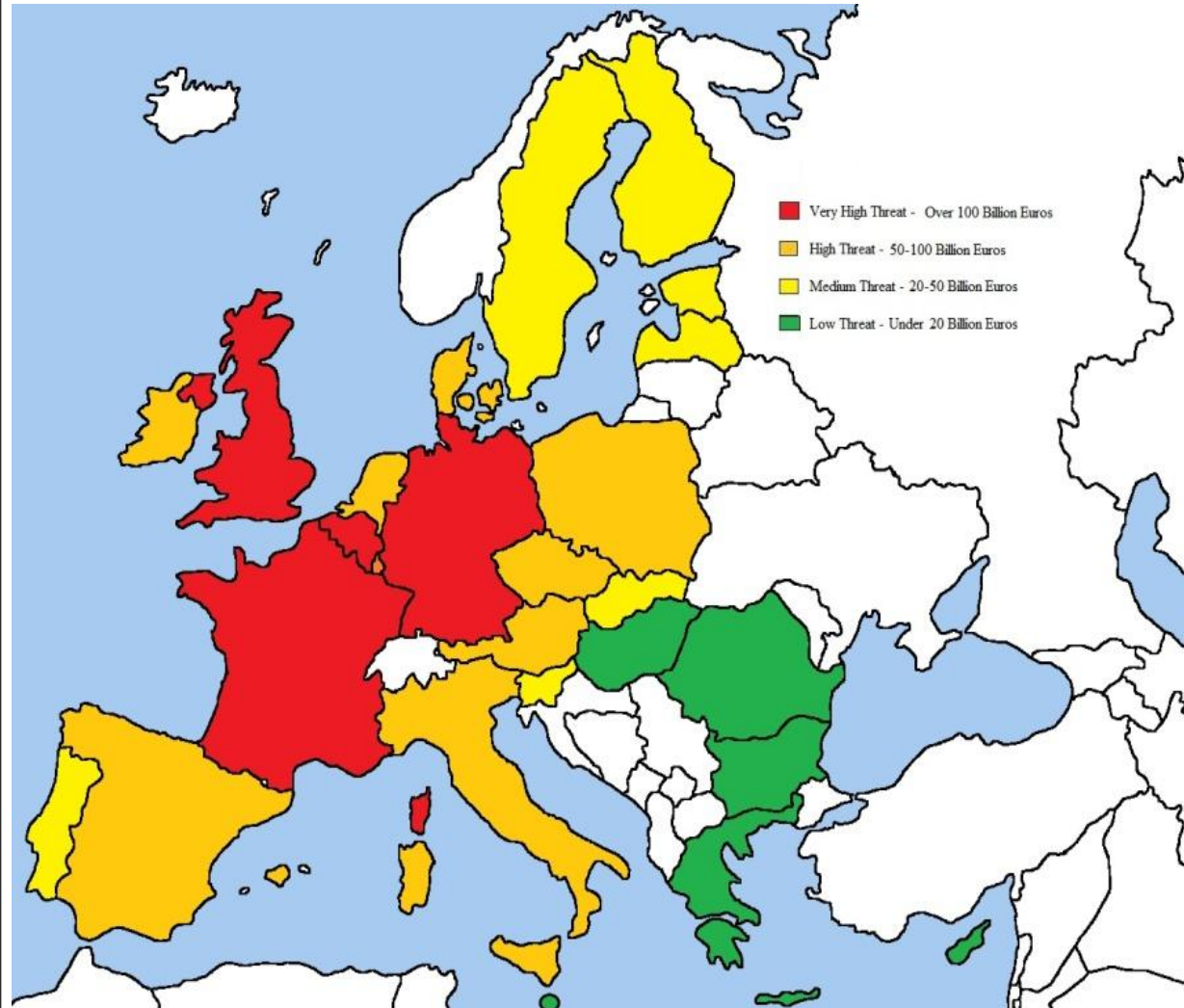
With the financial support from the Prevention of and Fight against Crime Program of the European Union European Commission - Directorate-General Home Affairs

Publication date: August 2013

More information at: www.ecolef.eu

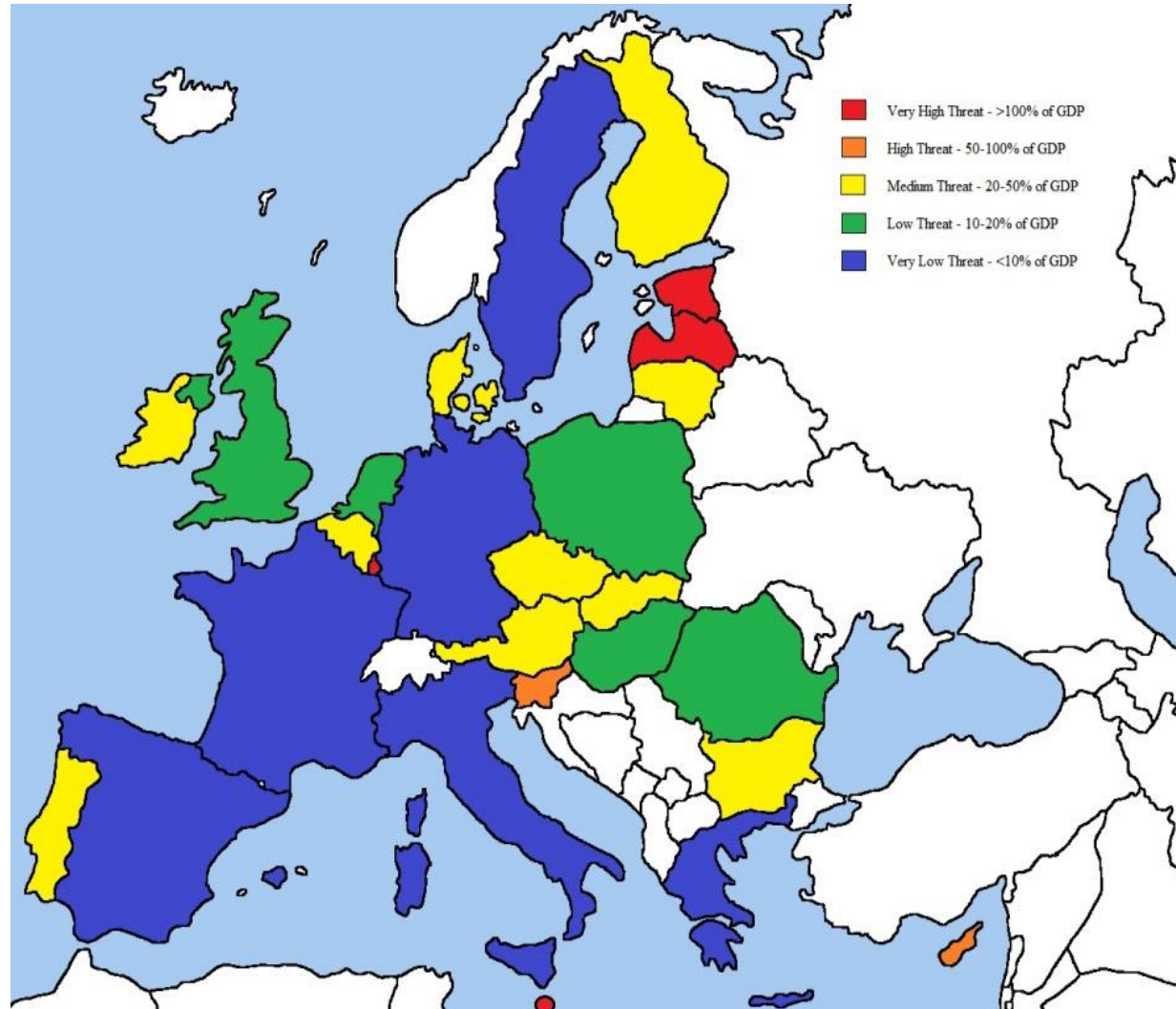
Geldwäschebedrohung in Mio Euro 2012 in EU

Rank	Country	Threat (€ Million)
1	United Kingdom	282.004
2	France	151.302
3	Belgium	119.896
4	Germany	108.872
5	Netherlands	94.121
6	Luxembourg	93.765
7	Austria	88.810
8	Italy	73.910
9	Denmark	59.177
10	Spain	56.311
11	Ireland	54.439
12	Poland	53.923
13	Czech Republic	51.193
14	Finland	45.104
15	Portugal	43.015
16	Latvia	42.639
17	Estonia	40.074
18	Slovenia	35.106
19	Sweden	26.206
20	Slovakia	23.557
21	Hungary	19.952
22	Cyprus	19.090
23	Bulgaria	18.513
24	Greece	16.598
25	Romania	14.075
26	Lithuania	12.870
27	Malta	8.325



Geldwäschebedrohung in % des BIP in EU

Rank	Country	Threat as % of GDP
1	Estonia	207.7%
2	Latvia	163.2%
3	Luxembourg	155.2%
4	Slovenia	75.3%
5	Cyprus	53.6%
6	Bulgaria	40.2%
7	Czech Republic	30.3%
8	Belgium	27.9%
9	Austria	24.6%
10	Portugal	21.2%
11	Slovakia	21.0%
12	Denmark	20.6%
13	Lithuania	19.5%
14	Finland	19.4%
15	Ireland	18.9%
16	Poland	14.5%
17	Netherlands	14.0%
18	United Kingdom	13.3%
19	Hungary	13.1%
20	Malta	11.0%
21	Romania	9.4%
22	France	7.3%
23	Greece	6.1%
24	Sweden	5.8%
25	Spain	5.4%
26	Italy	4.9%
27	Germany	4.7%



6. Wohlfahrtsstaat auf hohem Niveau ist finanzierbar

- **EU Länder geben zwischen 18% (Slowakei) und 32% (Frankreich) des BIP für Soziales aus. D.h.** ein Wohlfahrtsstaat in Europa auf deutschem oder französischen Niveau kostet 30% des Bruttoinlandprodukts.
- Dies könnte allein durch Besteuerung der Finanzmärkte und dem Eintreiben von hinterzogenen Steuern und kriminellen Geld finanziert werden.
- Dissens ist teuer. **17 Tage** keine funktionierende US Regierung wegen einer längst fälligen Gesundheitsversorgung der US Bevölkerung kosteten **17 Billionen!!** Mehr als das EU BIP!!

Schluss

- 59% der Deutschen, 69% der Briten, 72% der Spanier misstrauen laut Eurobarometer der EU. Die EU hat also die Zustimmung von 2/3 ihrer Bürger verloren! Zeit die Gelder einzutreiben!
- Kurt Rothschild sagte einst: **Wir sind reicher als wir je waren, und können uns plötzlich den Wohlfahrtsstaat nicht mehr leisten?!!**

Prof. Dr. Brigitte Unger, Direktorin des WSI und Professorin für Finanzwissenschaft
Universität Utrecht

e-mail: brigitte-unger@boeckler.de

eBook **Roadmap to a Social Europe** www.social-europe.eu

Hrsg Grozelier, Hacker, Kowalsky, Machnig, Meyer und Unger, Oktober 2013

Unger et al (2013), EU Bericht ECOLEF www.ecolef.eu

The Economic and Legal Effectiveness of Anti Money Laundering Policy über
Geldwäschepolitik der 27 EU Länder

